

Pulsnitzer Tageblatt

Sammlung
Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt

Dank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinstellung an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenzeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Dauerschrift und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörnisdorf, Brenzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- Niedersteina, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nitzberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 180

Donnerstag, den 4. August 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Aufwertungs (Mietzins-) Steuer.

Am 5. ds. Mts. wird die Aufwertungssteuer für Monat August fällig
Die Steuerpflichtigen werden aufgefordert, die fälligen Beträge zur Vermeidung zwangsweiser Beitreibung alsbald an unser Stadtsteueramt abzuführen

Schriftliche Mahnung erfolgt nicht
Vom Tage der Fälligkeit der Steuer ab entstehen Verzugszinsen in Höhe von 10 v. H. jährlich.

Pulsnitz, am 3. August 1927

Der Stadtrat

Das Wichtigste

Im Badhotel in Pyrmont wohnt seit gestern Reichsaußenminister Dr. Stresemann. Wie verlautet, wird der Besuch längere Zeit dauern.
Anstelle des ausgeschiedenen Oberbürgermeisters Dr. Rißmüller-Dona brück wurde Oberbürgermeister Brauer-Altona in den Vorstand des Deutschen Städtebundes gewählt.
Am 10. August findet in Berlin trotz der Ferien eine Ministerbesprechung statt.
Zwei Mitglieder der Deutschen Luft-Gesellschaft sind neuerlich zum Probeflug für den Transoceanflug gestartet.
Wie das Arbeitsministerium bekannt gibt, ist die Erwerbslosenziffer in der am 25. Juli endenden Woche gegenüber der Vorwoche um 21 058 zurückgegangen und beträgt 1 026 000.
Die Anhänger des Prinzen Carol von Rumänien verlangen eine Revision des Thronvertrages.
In den nächsten Tagen werden in Lobz große Luftmanöver unter Beteiligung von Infanterie und Artillerie stattfinden, bei denen auch Marschall Bilschmidt anwesend sein wird.
Nach Meldungen aus Mexiko hat im Staate Jalisco ein heftiger Kampf zwischen Regierungstruppen und einer 3000 Mann starken Gruppe von Aufständischen stattgefunden, welcher mit der Beseitigung der Aufständischen endete. In dem Gefecht sind 60 Regierungsoldaten gefallen. Die Zahl der Verwundeten ist groß.
Wie aus Rapid City berichtet wird, kündigte Präsident Coolidge gestern an, daß er nicht beabsichtigt, sich für die Wiederwahl im Jahre 1928 zur Verfügung zu stellen.

Berliner und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Operetten-Aufführung.) Wie im Inzeratenteil ersichtlich, findet zum Besten der Kriegervollwaisen die Aufführung der Operette: „Die fromme Helene“ statt. Wir versehen nicht, auch hierdurch noch besonders darauf hinzuweisen.

(Der Verfassungstag bei der Post.) Bei der Deutschen Reichspost wird der Betriebsdienst im Verkehr mit dem Publikum am Verfassungstage wie an Werttagen berichtet werden. Eine Beschränkung der Schalterdienstleistungen, Zustellgänge und Briefkastenentleerungen sowie des Fernsprech- und Telegrammverkehrs findet nicht statt. Zur Teilnahme an Verfassungsfeiern oder Festgottesdiensten erhalten die Beamten, Angestellten und Arbeiter die erforderliche Zeit frei, soweit die dienstlichen Verhältnisse es irgend gestatten.

(Die neue Sparassenerordnung.) Nach den Erklärungen des Vertreters des Ministeriums des Innern im Reichstag des Landtages steht bereits gegenwärtig fest, daß weitaus der größere Teil der sächsischen Sparassenen mehr als 12,5 Prozent aus der Sparassenenmasse ausschütten kann. Von 303 Klassen, die, soweit bekannt geworden ist, auf die Umfrage des Ministeriums des Innern berichtet haben, soll nach vorläufiger Schätzung nur bei elf Sparassenen der Aufwertungsatz geringer sein, als 12,5 Prozent. Bei 144 Sparassenen soll er auf 12,5 bis 15 Prozent, bei 102 Sparassenen bis 20 Prozent, bei 33 Sparassenen 20 bis 25 Prozent und bei 13 Sparassenen sogar über 25 Prozent betragen. Bei dieser Sachlage könnte mit Rücksicht auf die Wirkung der Verordnung auf weite Kreise der Bevölkerung der Bundesrat erwidern, daß, wenn als Mindestaufwertungsatz ein derartigen Ansicht führt, daß tatsächlich bei dem größten Teil der Sparassenen nur 12,5 Prozent in der Masse läge; denn erfahrungsgemäß wird nach den bisherigen Beobachtungen der Mindestsatz als Normalmaß angesehen. Dieser Satz erhöht sich aber um die Zinsen gemäß § 2 Abs. 3 der Verordnung. Diese Erhöhung ist auf durchschnittlich 2,5 zu errechnen. Auf diese Weise ergibt sich tatsächlich ein Mindestsatz von 14 bis 16 Prozent, je nachdem, wie die betreffende Sparasse ihre Gelder angelegt hat, ob vorwiegend in Hypotheken oder in sogenannten minderbereinigten Wertpapieren. Im ersteren Falle wird der Mindestsatz 1 v. H., im letzteren niedriger. Besonders beachtenswert ist, daß nach § 1 Abs. 2 sich die Sparassengemeinden und Sparassenenverbände bei der Erhebung des Mindestsatzes auf 25 Prozent des Sparassenenbeitrages zu bringen. Die Mittel dazu sollen, wie im § 2 der Verordnung besonders hervorgehoben ist, genommen werden aus dem sonstigen Vermögen des Sparassenschuldners, insbesondere aber aus den Einnahmeverbindlichkeiten, welche die Klasse seit 1924 nach der Stabilisierung der Markt aus den Neueinlagen erzielt.

(Mehr Verkehrsdisziplin auf der Landstraße.) Die täglich eingehenden Meldungen beweisen, daß die Unfälle, die durch Kraftfahrzeuge verursacht werden, von

Rabinettsrat über die Septembertagung des Völkerbundes

Enttäuschungen über die Locarnopolitik — Stresemann gegen die neue Deutschlandhege

Vor dem Abbruch der Genfer Konferenz — Ein amerikanischer Gelehrter über die Verhältnisse in Europa
Keine Vorstöße in der Entwaffnungsfrage — Das Riesenerdbeben in China, eine der größten Katastrophen der Welt

Berlin. Am 10. August findet in Berlin ein Ministerialrat der Mitglieder des Reichstags statt, der sich mit der auswärtigen Politik beschäftigen wird. Fast sämtliche Mitglieder des Kabinetts kehren von ihrem Urlaub ein oder zwei Tage vor der Verfassungsfest, die bekanntlich am 11. August stattfindet, zurück. Da die meisten Mitglieder des Kabinetts Berlin dann nochmals verlassen, findet kein neuer Ministerialrat vor dem Beginn der Sitzungen des Völkerbundes in Genf am 1. September statt.

In dem Ministerialrat vom 10. 8. wird die Haltung der deutsche Delegation während der Genfer Verhandlungen festgesetzt.

Das eigentliche Programm der Ratsitzung setzt sich aus den Fragen über die Weltwirtschaftskonferenz und die allfälligen laufenden Angelegenheiten zusammen. Die Vollversammlung wird sich, abgesehen von ziemlich allgemeinen politischen Debatten und der Wahl von nichtständigen Mitgliedern zum Rat als Ersatz für die auf ein Jahr im September 1926 gewählten Mitglieder, mit der Weltwirtschaftskonferenz befassen. Die politischen Debatten der Außenminister werden sich hauptsächlich auf die Locarnopolitik erstrecken.

Es ist anzunehmen, daß dieses Mal von dem deutschen Außenminister mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden wird, daß die Entwicklung der politischen Lage seit Monaten nicht mehr den Voraussetzungen der Locarnopolitik entspricht. Es zeigt sich nicht nur in den Reden Poincarés, sondern auch in der offiziellen englischen Presse eine immer stärkere Hege gegen Deutschland, die mit der Behauptung geföhrt wird, daß Deutschland nicht vollständig abgerüstet habe. Nach der Erledigung der Disputationsfragen, die nur durch ein weit über alle Verträge und Vereinbarungen hinausgehendes Entgegenkommen Deutschlands erledigt werden könnten, beschäftigt man sich mit den angeblichen Verstößen Deutschlands in der Armierung der Ostseeestungen. Es wird wieder der Versuch gemacht, eine militärische Kontrolle des Völkerbundes mit diesen falschen Behauptungen zu begründen. Dieser Versuch geht jetzt so weit, daß der Berichterstatter einer englischen Zeitung sogar behauptet, Deutschland sei mit einer Investition durch den Völkerbund einverstanden. Diese Behauptung ist natürlich völlig falsch.

Die Abrüstungsfragen sind zwischen Deutschland und der Völkerbundkonferenz bis auf einige ganz geringe Restpunkte, über die auch feste Vereinbarungen getroffen sind, endgültig erledigt. Eine Investition des Völkerbundes wäre nur möglich, wenn ein tatsächlicher Verstoß Deutschlands gegen die Abrüstungsbestimmungen vom Völkerbundrat festgestellt würde.

Man geht nicht fehl in der Annahme, daß die ganze Hege und diplomatische Debatte nur unternommen wird, um Deutschlands diplomatische Situation in Genf von vornherein zu verschlechtern.

Frankreich hegt weiter.

Die neue Sensation der Pariser Presse.

In der Zeitschrift „Die Menschheit“ ist vor einigen Tagen ein Artikel von Professor J. W. Förster erschienen, in dem er ausführlich über eine geplante Neuorganisation der deutschen Militärkräfte berichtet. Dieser Artikel hat in der französischen Presse starken Widerhall gefunden und wird natürlich nach allen Richtungen ausgeschlachtet, um eine neue Hege größten Stils gegen Deutschland einzuleiten.

„Die Alliierten sind gewarnt“, schreibt der „Figaro“; „ihre seit drei Jahren bekundeten Gefälligkeiten haben nichts genutzt. Die von England geübte Politik der Nachsicht war eine Dummheit und wird vielleicht noch eine Gefahr werden,

die von dem Kartell betriebene Politik des Nachgebens ist ein Irrsinn gewesen... Aufgabe der Alliierten ist es, klar und deutlich zu sagen, daß sie niemals diese Übertretungen des Verfallener Vertrages und diesen Verrat des Reiches dulden werden. Der Geist von Locarno hat niemals einen größeren Schlag erlitten.“

Vor dem Abbruch der Genfer Konferenz

Genf, 4. August. Die Unterredung zwischen den maßgebenden Mitgliedern der drei Delegationen der Seearüstungskonferenz, die heute um 22 Uhr begann, dauerte bis nach 24 Uhr. Nach Schluß der Sitzung wurde noch den Teilnehmern lediglich mitgeteilt, daß auf Grund einer besonderen Vereinbarung keine näheren Mitteilungen über den Inhalt der heutigen Unterredung gemacht werden könnten. Es wurde jedoch mitgeteilt, daß lediglich das Programm der morgigen Vollsitzung der Konferenz zur Verhandlung gelangt sei. Die Vollsitzung wird morgen um 15 Uhr stattfinden. In Konferenzkreisen ist man auf Grund der heutigen Unterredung der Delegationsführer übereinstimmend der Ansicht, daß nunmehr der Abbruch der Konferenz als bevorstehend anzusehen ist.

Ein amerikanischer Gelehrter über die Verhältnisse in Europa.

Beendigung der Besetzung ein Gewinn für alle Beteiligten.

New York. Nicholas Murray Butler, Präsident der Columbia-Universität, der aus Europa zurückgekehrt ist, erklärte, die wirtschaftliche Wiedererstarke Europas werde durch einen übertriebenen, fast hysterischen Nationalismus der neugeschaffenen Staaten verzögert.

Was die deutsche Ostgrenze und Oesterreich betreffe, so herrschten dort künstliche Verhältnisse, die früher oder später in friedlicher, großzügiger Weise geregelt werden müßten. Bei den denkenden Männern aller Länder müßten Befürchtungen für die wirtschaftliche und finanzielle Zukunft der Welt laut, falls gewisse Bestimmungen des Verfallener Vertrages nicht geändert oder ergänzt würden. Die fort-dauernde Anwesenheit der alliierten Truppen auf dem rechten Rheinufer gebe den deutschen Extremisten die besten Gründe für ihre Opposition gegen die Versöhnungspolitik. Die Beendigung der Besetzung würde einen Gewinn für alle Beteiligten bedeuten.

Keine Vorstöße in der Entwaffnungsfrage.

Berlin. Zu der von der englischen Presse geäußerten Ansicht, daß in den letzten Punkten in der Entwaffnungsfrage, die noch nicht völlig erledigt seien, eine Völkerbundinvestigation oder eine militärische Kontrolle erfolgen müsse, weist man in unterrichteten Kreisen darauf hin, daß die Erledigung einzelner wichtiger Punkte sich verabredungsgemäß nach dem in Genf im Dezember vorigen Jahres aufgestellten Programm abwickelt. Von Verstößen in der Entwaffnungsfrage kann insofern natürlich gar keine Rede sein, auch die Völkerbundinvestigation oder die bereits aufgestellte Militärkontrollkommission kann insofern weder rechtmäßig noch tatsächlich mit der Angelegenheit befaßt werden.

Im Zusammenhang damit sei noch einmal daran erinnert, daß den militärischen Experten bei den Berliner Gesandtschaften keinerlei Kontrollbefugnis zusteht.

